Inhaltsverzeichnis „Bundesabgabenordnung“

Seite

Kapitel 1	Kontakt mit dem Finanzamt – Was ist zu tun?	
1.1	Die Bundesabgabeordnung als zentrales Gesetz im Abgabeverfahren	13
1.2	Ein Unternehmen wird eröffnet – was ist zu tun?	15
1.2.1	Die Anzeige der Aufnahme der Tätigkeit beim zuständigen Finanzamt ..	15
1.2.2	Die Kommunikation mit dem Finanzamt	17
1.3	Die laufende Tätigkeit – Was ist zu tun?	18
1.3.1	Die Offenlegungs- und Wahrheitspflicht	20
1.3.2	Die Anzeigepflicht	20
1.3.3	Die Führung von Büchern und Aufzeichnungen	21
1.3.4	Die Einreichung von Abgabenerklärungen	22
1.3.5	Die Hilfeleistung bei Amtshandlungen	22
1.4	Aus Rechten und Pflichten abgeleitete Verfahrensgrundsätze ..	22
1.4.1	Der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	23
1.4.2	Der Grundsatz der Amtswegigkeit	23
1.4.3	Der Grundsatz der Wahrung des Parteiengehörs	24
1.4.4	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung und der Unbeschränktheit der Beweismittel	24
1.4.5	Kein Neuerungs- und Verschlechterungsverbot	25
1.4.6	Der Grundsatz von Treu und Glauben	26
1.4.7	Der Grundsatz der beiderseitigen Kostentragung	26
1.5	Zusammenfassung & Würdigung	26
Kapitel 2	Welche Aufzeichnungen sind zu führen?	
2.1	Einleitung	27
2.2	Was sind Bücher und Aufzeichnungen?	27
2.3	Welche Bücher und Aufzeichnungen sind gemäß UGB zu führen? ..	28
2.3.1	Was ist die rechtsformabhängige Rechnungslegungspflicht?	28
2.3.2	Was ist die umsatzabhängige Rechnungslegungspflicht?	29
2.4	Welche Bücher und Aufzeichnungen sind gemäß § 125 und § 126 BAO zu führen?	31
2.5	Welche Bücher und Aufzeichnungen sind gemäß § 126 BAO zu führen?	34
2.6	Wer hat ein Wareneingangsbuch zu führen?	34
2.7	Wie sind die Bücher und Aufzeichnungen zu führen?	36
2.8	Welche Formvorschriften sind zu beachten?	37
2.9	Welche Vorschriften sind bei der elektronischen Buchführung zu beachten?	40
2.10	Wo sind die Bücher und Aufzeichnungen zu führen?	41
2.11	Gibt es besondere Regelungen für Landes- und Gemeindeabgaben?	42

	Seite
2.12	Wie lange sind die Bücher und Aufzeichnungen aufzubewahren? 42
2.13	Zusammenfassung & Würdigung 43
Kapitel 3	Auswirkungen des Verfahrensrechts auf die Liquiditätsplanung
3.1	Problemaufriss 44
3.2	Sozialversicherungsbelastung 2010 45
3.2.1	Sozialversicherungsbeitragssätze 2010 45
3.2.2	Sozialversicherungsrechtliche Beitragsgrundlage 46
3.2.3	Vorschreibung der Sozialversicherungsbeiträge 46
3.2.3.1	Vorläufige Beitragsvorschreibung 46
3.2.3.2	Endgültige Beitragsvorschreibung 47
3.2.4	Liquiditätsplanung vorläufiger Sozialversicherungsbeiträge 48
3.2.5	Liquiditätsplanung der „endgültigen“ Nachbemessung 49
3.2.5.1	Bisherige Regelung 49
3.2.5.2	Neue Regelung ab 1. Jänner 2010 50
3.2.6	Stundungsmöglichkeiten und Zinsbelastung 50
3.2.6.1	Nichtentrichtung der laufenden Beiträge 50
3.2.6.2	Nichtentrichtung der Nachforderungen aus der endgültigen SV-Grundlage 51
3.3	Einkommensteuerbelastung 52
3.3.1	Einkommensteuersätze 2010 53
3.3.2	Einkommensteuerliche Bemessungsgrundlage 53
3.3.3	Vorschreibung der Einkommensteuer 54
3.3.3.1	Einkommensteuervorauszahlung 54
3.3.3.2	Endgültige Einkommensteuerfestsetzung 55
3.3.4	Liquiditätsplanung Einkommensteuervorauszahlung 55
3.3.4.1	Antragsgebundene Änderung der Vorauszahlungen 55
3.3.4.2	Amtswegige Änderung der Vorauszahlung 56
3.3.5	Liquiditätsplanung Einkommensteuerveranlagung 58
3.3.5.1	Abgabetermin der Einkommensteuererklärung 58
3.3.5.2	Zahlungsfristen Einkommensteuernachzahlung 59
3.3.5.3	Liquiditätsoptimaler Abgabetermin der Steuererklärung 59
3.3.6	Stundungsmöglichkeiten 60
3.3.6.1	Verspätete Zahlung – Säumniszuschlag 60
3.3.6.2	Stundung und Ratenvereinbarung 60
3.3.6.3	Stundungszinsen oder Anspruchszinsen 62
3.4	Zusammenfassung & Würdigung 62

Kapitel 4 Der Abgabenbescheid

4.1	Allgemeines	63
4.1.1	Formale Vorschriften	63
4.1.2	Inhaltliche Vorschriften	65
4.1.3	Bescheidmängel und ihre Folgen	65
4.1.4	Das Wirksamwerden von Bescheiden	66
4.2	Arten von Abgabenbescheiden	67
4.2.1	Veranlagungsbescheide	67
4.2.2	Feststellungsbescheide (§ 188 BAO)	67
4.2.3	Vorläufige Bescheide (§ 200 BAO)	68
4.2.4	Festsetzungsbescheide (§ 201 BAO)	69
4.3	Abänderung von Bescheiden	70
4.3.1	Bescheidberichtigung gemäß § 293 BAO	70
4.3.2	Bescheidberichtigung gemäß § 293b BAO	71
4.3.3	Bescheidänderung/-zurücknahme gemäß § 294 BAO	71
4.3.4	Bescheidänderung gemäß § 295 BAO	72
4.3.5	Bescheidänderung gemäß § 295a BAO	72
4.4	Aufhebung von Bescheiden	72
4.4.1	Bescheidaufhebung nach § 299 BAO	72
4.4.2	Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 303 BAO	74
4.4.2.1	Wiederaufnahme des Verfahrens auf Antrag des Abgabepflichtigen .	75
4.4.2.2	Wiederaufnahme des Verfahrens von Amts wegen	75
4.4.3	Zusammenfassung & Würdigung	75

Kapitel 5 Rechtsmittel und sonstige Maßnahmen zur Änderung von Steuerbescheiden

5.1	Einführung	76
5.2	Ordentliche Rechtsmittel	77
5.2.1	Berufung	77
5.2.2	Vorlageantrag	84
5.2.3	Rechtsmittelverfahren	87
5.2.3.1	Formalentscheidung	88
5.2.3.2	Entscheidung in der Sache	89
5.3	Außerordentliche Rechtsmittel	91
5.4	Sonstige Maßnahmen zur Veränderung eines Bescheides	91
5.4.1	Überblick über die Möglichkeiten der Rechtskraftdurchbrechung in der BAO	92
5.4.2	Bescheidberichtigungen (§§ 293, 293a, 293b BAO)	94
5.4.3	Anpassung abgeleiteter Bescheide (§ 295 BAO)	96
5.4.4	Anpassung aufgrund eines rückwirkenden Ereignisses (§ 295a BAO) .	97
5.4.5	Bescheidaufhebungen (§ 299 BAO)	97
5.4.6	Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 303 BAO)	99

	Seite	
5.4.7	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 308 BAO)	100
5.5	Devolutionsantrag	101
5.6	Zusammenfassung & Würdigung	104
Kapitel 6 Rückwirkendes Ereignis gemäß § 295a BAO		
6.1	Einleitung	105
6.2	Rückwirkendes Ereignis	106
6.2.1	Was ist ein abgabenrelevantes Ereignis?	106
6.2.2	Wann wirkt ein Ereignis in die Vergangenheit?	106
6.2.3	Nachträglicher Eintritt des Ereignisses	107
6.3	Rechtskraftdurchbrechung	108
6.3.1	Bescheidänderung auf Antrag des Abgabepflichtigen	108
6.3.2	Bescheidänderung von Amts wegen	109
6.3.3	Ermessen der Abgabenbehörde	109
6.3.4	Anzeigepflicht des Abgabepflichtigen	110
6.3.5	Teilrechtskraft	110
6.3.6	Exkurs: Anspruchszinsenherabsetzung gemäß § 205 Abs 6 BAO . . .	111
6.4	Verjährung	112
6.5	Anwendungsfälle für rückwirkende Ereignisse	113
6.5.1	Anrechnung von Kostenbeiträgen der Gebietskrankenkasse auf die Krankheitskosten	113
6.5.2	Grenzübergreifende Überführung von Wirtschaftsgütern gemäß § 6 Z 6 EStG	114
6.5.3	Betriebsaufgabe unter Hauptwohnsitzbefreiung § 24 Abs 6 EStG . . .	115
6.5.4	Nachträgliche Besteuerung im Ausland	115
6.5.5	Nachzahlung von Pensionen	116
6.5.6	Entscheidungen von Gerichten und Verwaltungsbehörden	116
6.5.7	Nachweis der Behinderung	117
6.6	Zusammenfassung & Würdigung	118
Kapitel 7 Nebenansprüche wie Zinsen und Zuschläge		
7.1	Was sind Nebenansprüche?	119
7.2	Abgabenerhöhungen	120
7.3	Der Verspätungszuschlag	120
7.4	Die Anspruchszinsen	125
7.5	Die Zwangs-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen	128
7.6	Die Stundungszinsen	129
7.7	Die Aussetzungszinsen	130
7.8	Der Säumniszuschlag	131
7.9	Zusammenfassung & Würdigung	133

Kapitel 8 Steuer- und sonstige Prüfungen der Finanzverwaltung		
8.1	Problemaufriss – Einleitung	134
8.2	Allgemeines und Zielsetzung der Außenprüfung	134
8.2.1	Begriff der Betriebs- bzw Außenprüfung	134
8.2.2	Zielsetzung der Außenprüfung	135
8.2.3	Rechtliche Grundlagen der Außenprüfung	135
8.3	Organisation einer Außenprüfung	136
8.3.1	Prüfzuständigkeiten	136
8.3.2	Gegenstände einer Außenprüfung	137
8.3.3	Prüfbarer Personenkreis	137
8.3.4	Ort einer Außenprüfung	137
8.4	Ablauf einer Außenprüfung	138
8.4.1	Ankündigung der Außenprüfung („Anmeldung“)	138
8.4.2	Prüfungsbeginn	138
8.4.2.1	Definition und Bedeutung	138
8.4.2.2	Rechtzeitige Erstattung einer Selbstanzeige	139
8.4.2.3	Verlängerung der Verjährungsfrist durch Außenprüfung	139
8.4.3	Prüfungsauftrag	140
8.4.3.1	Allgemeines und Inhaltserfordernisse	140
8.4.3.2	Prüfungszeitraum	141
8.4.3.3	Rechtsmittel gegen Prüfungsauftrag	142
8.4.4	Vorlage der Bücher und Aufzeichnungen	143
8.4.5	Prüfungsabschluss	144
8.4.5.1	Schlussbesprechung	144
8.4.5.2	Niederschrift über Schlussbesprechung	145
8.4.5.3	Prüfungsbericht über Ergebnis der Außenprüfung	146
8.4.6	Bescheidausfertigung	148
8.5	Prüfungsverfahren anderer Art	148
8.5.1	Prüfungsverfahren in der Umsatzsteuer	148
8.5.2	Prüfung der Lohnsteuer sowie lohnabhängiger Abgaben	149
8.5.2.1	Lohnsteuerprüfung	149
8.5.2.2	Gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben (GPLA)	150
8.5.3	Spezialprüfungen	150
8.5.3.1	Systemprüfung	151
8.5.3.2	Prüfung von Auslandsbeziehungen („Auslandsprüfung“)	151
8.5.3.3	Konzernprüfungen	151
8.5.4	Gebührenprüfungen	151
8.5.5	Liquiditätsprüfung	151
8.5.6	Sonstige (nicht in § 147 BAO geregelte) Prüfungsverfahren	152
8.5.6.1	Erhebung	152
8.5.6.2	Nachschau	152
8.6	Zusammenfassung & Würdigung	154

Kapitel 9 Das Verfahren vor dem unabhängigen Finanzsenat		
9.1	Aufgaben, Organisation und Rechtsstellung des UFS	155
9.2	Allgemeine Bemerkung	157
9.3	Der Weg zum Unabhängigen Finanzsenat	157
9.3.1	Grundsätzliches	157
9.3.2	Berufungsvorentscheidung und Vorlageantrag	158
9.3.3	Auf den Vorlageantrag sinngemäß anwendbare Bestimmungen	159
9.3.4	Nur hinsichtlich der Berufung anzuwendende Bestimmungen	160
9.4	Grundzüge des Verfahrens in der zweiten Instanz	160
9.4.1	Kontradiktorisches Verfahren	160
9.4.2	Bei der Abgabenbehörde erster Instanz verbleibende Rechte	161
9.4.3	Kein Verböserungsverbot	161
9.4.4	Keine Neuerungsverbot	162
9.4.5	Keine Bagatellgrenze	162
9.4.6	Keine Vertretungspflicht	162
9.4.7	Verfahrenskosten	162
9.5	Ermittlungsverfahren	163
9.5.1	Allgemeines	163
9.5.2	Beweisanträge	164
9.5.3	Aussetzung der Entscheidung gem § 281 BAO	164
9.6	Die Entscheidung des UFS	165
9.6.1	Zuständigkeit zur Entscheidung (§ 282 BAO)	165
9.6.2	Ablehnungsrecht in Bezug auf ein Mitglied des Berufungssenates (§ 278 BAO)	166
9.6.3	Besondere Bestimmungen für die Entscheidung durch den gesamten Berufungssenat	167
9.6.4	Mündliche Verhandlung	168
9.6.5	Verbindung von Berufungen zu einem gemeinsamen Verfahren (§ 277 BAO)	171
9.6.6	Arten der Entscheidung (§ 289 BAO)	171
9.6.7	Einheitlichkeit der Entscheidung	172
9.6.8	Bindungswirkung	173
9.6.9	Form und Inhalt von das Berufungsverfahren abschließenden Erledigungen	173
9.7	Verjährung	173
9.8	Rechtsmittelverfahren im verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahren und im Zollverfahren	174
9.9	Klaglosstellung gemäß § 300 BAO	174
9.10	Devolutionsverfahren vor dem UFS	175
9.11	Internetauftritt des UFS	175
9.12	Ausblick	176
9.13	Zusammenfassung & Würdigung	176

Kapitel 10 Verfahren vor dem VwGH und VfGH		
10.1	Einleitung	177
10.2	Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	177
10.2.1	Organisation des Verwaltungsgerichtshofes	177
10.2.2	Allgemeines	178
10.2.3	Beschreibbeschwerde	180
10.2.3.1	Beschwerdefrist	180
10.2.3.2	Inhalt der Beschwerde	182
10.2.3.3	Vorverfahren	183
10.2.3.4	Aufschiebende Wirkung	184
10.2.3.5	Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes	185
10.2.4	Säumnisbeschwerde	187
10.2.5	Kosten	187
10.3	Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	188
10.3.1	Organisation des Verfassungsgerichtshofes	188
10.3.2	Allgemeines	188
10.3.3	Beschreibbeschwerde	189
10.3.3.1	Beschwerdefrist	189
10.3.3.2	Inhalt der Beschwerde	190
10.3.3.3	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes	190
10.4	Parallel- und Sukzessivbeschwerde	191
10.5	Zusammenfassung & Würdigung	192
Kapitel 11 Verjährung im Abgabeverfahren		
11.1	Allgemeines und Überblick	193
11.2	Die Bemessungsverjährung	193
11.2.1	Allgemeines	193
11.2.2	Verjährungsfristen	194
11.2.3	Verjährung bei hinterzogenen Abgaben	195
11.2.3.1	Praxistipp im Zusammenhang mit Außenprüfungen	196
11.2.4	Beginn der Verjährung	196
11.2.5	Verlängerung der Bemessungsverjährung	197
11.2.5.1	Voraussetzungen/Amtshandlungen	197
11.2.5.2	Dauer der Verlängerung	199
11.2.6	Die absolute Verjährung	200
11.2.7	Rechtmäßige Abgabenfestsetzungen nach Eintritt der Verjährung	201
11.3	Die Einhebungsverjährung	202
11.4	Exkurs – Finanzstrafrechtliche Bestimmungen im Überblick und Auswirkungen im Abgabenrecht	204
11.4.1	Allgemeines	204
11.4.2	Verjährungsfristen im Finanzstrafrecht	205
11.4.2.1	Relative Verjährungsfrist	205

	Seite
11.4.2.2	Absolute Verjährungsfrist 206
11.4.3	Wechselwirkungen im Abgaben- und Finanzstrafrecht 207
11.5	Zusammenfassung 207
Kapitel 12 Die rechtsverbindliche Auskunft	
12.1	Problemaufriss 209
12.2	Welche Abgabenarten könnten „abgeklopft“ werden? 209
12.3	Die Kosten des Antrages 210
12.4	Die Antragstellung 211
12.4.1	Wer ist zur Antragstellung berechtigt? 211
12.4.2	Was hat der Antrag zu beinhalten? 211
12.4.3	Welche Behörde ist zuständig? 212
12.4.4	Inhalt des Auskunftsbeseides 212
12.5	Rechtliche Wirkung des Auskunftsbeseides 212
12.6	Aufhebung des Auskunftsbeseides 213
12.7	Zusammenfassung & Würdigung 214
	Literaturverzeichnis 215
	Abkürzungsverzeichnis 216
	Paragrafenverzeichnis 217
	Stichwortverzeichnis 226
	Autorenverzeichnis 234